

06.07.2000 - 11:26 Uhr

## ai prangert Karibikstaaten an / Schattenseite der Sonneninseln

Bonn (ots) -

Trinidad und Tobago schafft nach Jamaika und Guyana  
Menschenrechtsschutz ab  
amnesty international startet Petition im Internet  
"Barbarische Zustände"  
250 Menschen zum Tode verurteilt

Trotz internationaler Proteste hat sich der Karibikstaat Trinidad und Tobago erneut vom Ersten Fakultativprotokoll des Internationalen Paktes über Bürgerliche und Politische Rechte zurückgezogen. Darin wird den Bürgern der Vertragsstaaten die Möglichkeit eingeräumt, gegen Verletzungen der im Pakt verbrieften Menschenrechte beim Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen Klage einzureichen. Zuvor hatte der Inselstaat seinen Austritt aus der Interamerikanischen Menschenrechtserklärung verkündet. "Mit diesem Rückzug aus internationalen Vereinbarungen schafft Trinidad und Tobago den Menschenrechtsschutz ab. Das sind barbarische Zustände!" erklärt Klaus Naßhan, Experte für die englischsprachige Karibik der deutschen Sektion von amnesty international. "Wir haben einen dringenden Appell an die Regierung des Karibikstaates gesandt, den Menschenrechtsverträgen sofort und uneingeschränkt wieder beizutreten, haben jedoch bislang keine Reaktion erhalten. Außerdem haben wir die Bundesregierung aufgefordert, sich für dieses Anliegen einzusetzen."

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, hat amnesty international eine Petition im Internet gestartet, die unter <http://www.amnesty-caribbean.org/Aktion.html> unterzeichnet werden kann. "Seit Jahren wächst der Strom von Touristen vor allem aus europäischen Ländern und den USA auf die Karibikinseln. Exotik, Sonne und Strände locken. Dass diese Staaten die Menschenrechte mit Füßen treten, das sehen die Besucher nicht. Wir müssen die Schattenseiten der Sonneninseln aufzeigen und alles daran setzen, den Schutz der Menschen wieder herzustellen", so Klaus Naßhan. Mit der Petition setzt sich amnesty international auch für die Wiederherstellung des Menschenrechtsschutzes in Jamaika und Guyana ein. Beide sind ebenfalls vom Fakultativprotokoll zurückgetreten.

Trinidad und Tobago waren 1998 erstmals vom Ersten Fakultativprotokoll zurückgetreten und damals sofort wieder beigetreten, allerdings mit der Einschränkung, dass zum Tode Verurteilte keine Möglichkeit haben, ihre Rechte einzuklagen. amnesty international betrachtet den Schritt Trinidad und Tobagos, jene vom Menschenrechtsschutzsystem auszuschließen, die den Schutz ihrer Rechte am meisten benötigen, weil der Staat danach trachtet, ihr Leben zu beenden, als unvereinbar mit den Normen einer zivilisierten Gesellschaft.

Im vergangenen Jahr wurden auf Trinidad und Tobago 10 Menschen durch den Strang exekutiert. Dies waren die ersten Hinrichtungen seit über fünf Jahren. Über 250 Menschen sind derzeit auf den Karibikinseln zum Tode verurteilt - bei fünf Millionen Einwohnern eine der weltweit höchsten Raten. "Wir befürchten, dass nach dem Austritt aus den internationalen Verträgen die Urteile immer schneller vollzogen werden. Diese Entwicklung ist gegenläufig zum internationalen Trend, die Todesstrafe abzuschaffen." kritisiert Klaus Naßhan. amnesty international hat außerdem zahlreiche weitere Menschenrechtsverletzungen auf Trinidad und Tobago dokumentiert:

Fälle von Polizeibrutalität, darunter auch der Gebrauch tödlicher Gewalt in Situationen, die dieses nicht rechtfertigten, grausame, unmenschliche und erniedrigende Haftbedingungen und Strafgerichtsverfahren, besonders Todesstrafenverfahren, die nicht den internationalen Maßstäben der Fairness genügten.

Wenn Sie ausführliche Informationen zur Menschenrechtssituation in Trinidad und Tobago brauchen, sonstige Rückfragen oder Interviewwünsche haben - wenden Sie sich bitte an:

amnesty international + 49 - (0)228 - 98373-36 / - 0  
- Pressestelle - + 49 - (0)228 - 630036  
53108 Bonn E-Mail: [press-de@amnesty.de](mailto:press-de@amnesty.de)

oder an:

amnesty international + 49 - (0)30 - 42024812  
- Generalsekretariat - + 49 - (0)30 - 42024830  
Eva Gutmann

Original-Content von: Amnesty International, übermittelt durch news aktuell  
Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.de/pm/7122/154173> abgerufen werden.